

Landeskrankenhauses Düren die Versorgung mit niedergelassenen Nervenärzten z. Z. außerordentlich schlecht ist. Lediglich in der Stadt Aachen gibt es zehn niedergelassene Nervenärzte, also einen auf je 24 000 Einwohner. Im Kreis Aachen dagegen ergibt sich eine Verhältniszahl von einem niedergelassenen Nervenarzt auf 288 000 Einwohner. In den übrigen Kreisen gibt es zwischen 79 500 und 154 000 Einwohner je niedergelassenen Nervenarzt. LV-Rh

BADEN-WÜRTTEMBERG

Interesse am Betriebsarzt

Mehr als 500 Ärztinnen und Ärzte beteiligten sich in Stuttgart an einem Einführungslehrgang zum Erwerb der arbeitsmedizinischen Fachkunde, der von der Bezirksärztekammer Nord-Württemberg veranstaltet wurde. Deren Präsident, Dr. Hugo Schad, erklärte die Bereitschaft der Kammer, alles dafür zu tun, daß es möglichst bald genügend Betriebsärzte gibt. Zu den Themen des Lehrganges gehörten unter anderem die Bedeutung der physiologischen Arbeitsplatz- und Arbeitszeitgestaltung; dazu stellte Professor Dr. Alexander Kirn, Reutlingen, fest, 50 Prozent der Beschäftigten in der Industrie stünden am falschen Arbeitsplatz. Der Präsident der Landesärztekammer, Dr. Dietrich Maiwald, erinnerte an die Bedeutung des Jugendarbeitsschutzgesetzes, die gerade in der hohen Zahl der registrierten Verstöße gegen seine Vorschriften zum Ausdruck komme. Als „unheilvoll“ bezeichnete Dr. Maiwald die Tätigkeit von Berufsberatern, ohne daß die Jugendlichen vorher durch einen Arzt beraten werden. Viele Jugendliche seien durch einen Berufsberater so vorprogrammiert, daß kein Arzt mehr in der Lage sei, sie von ihrem einmal gewählten Beruf wieder abzubringen, wenn der Arzt dies aus gesundheitlichen Gründen für notwendig hält. PdH

SCHLESWIG-HOLSTEIN

Informationsreisen des KV-Vorstandes in einzelne Landesteile

Der Vorstand der Kassenärztlichen Vereinigung Schleswig-Holstein unternimmt seit einiger Zeit im Rahmen von Wochenendtagungen Informationsreisen in einzelne Landesteile oder Landkreise. Bisher sind die Kreise Dithmarschen und Nordfriesland an der Westküste sowie die „Elbkreise“ Pinneberg und Steinburg besucht worden; geplant ist eine Wochenendtagung im Landkreis Ostholstein.

In den Kreisen Pinneberg und Steinburg traf der Vorstand mit interessierten Gruppen von Ärzten zusammen, wobei unter anderem die ärztliche Versorgung der Bevölkerung, die Errichtung von Notrufzentralen und die Einrichtung von Laborgemeinschaften diskutiert wurden.

Es wurde festgestellt, daß in den Kreisen Pinneberg und Steinburg die Arztdichte über dem Landesdurchschnitt liegt und daß sich Laborgemeinschaften nicht nur in städtischen, sondern auch in ländlichen Bereichen bewährt haben. In Schleswig-Holstein gehören über 500 Ärzte aller Fachrichtungen Laborgemeinschaften an. KV-SH

BERLIN

Freie Universität: Stellenkürzungen werden bedrohlich

Die Freie Universität hat den Vorwurf des Senats zurückgewiesen, den Auflagenbeschluß zur Kürzung von Personalstellen „höchst unbefriedigend“ durchgeführt zu haben. Die Freie Universität hat sich nicht in der Lage gesehen, über die durch Kuratoriumsbeschluß gestri-

chenen Stellen hinaus weitere Kürzungen vorzunehmen. Die Senatsverwaltung für Wissenschaft und Kunst erwartete von der Freien Universität die Einsparung von mindestens 150 Stellen. Die Hochschule habe auch die Lehrverpflichtungen der Hochschullehrer zu gering angesetzt. Bei der Erhöhung der Lehrverpflichtung von sechs auf acht Wochenstunden hatte die Freie Universität beantragt, den Wegfall der Lehre im Forschungssemester, das Hochschullehrern alle drei Jahre gewährt werden kann, zu berücksichtigen. Dies entspricht nach Ansicht des Senats nicht den Empfehlungen des Rechnungshofes, zumal nur jeder vierte Hochschullehrer dieses Semester beanspruche.

Die Freie Universität hat sich auf Drängen der Senatsverwaltung zwar bereit erklärt, jede zweite freierwerdende Stelle acht Monate lang freizuhalten, zugleich aber fordert, daß der Senat solche Maßnahmen auch von Behörden verlange. Warnend wird darauf hingewiesen, daß die Freie Universität bei weiteren Stellenstreichungen die Bibliotheken schließen und einzelne Lehrveranstaltungen einstellen müßte. zel

NIEDERSACHSEN

Neuer Staatssekretär im Sozialministerium

Der bisherige Staatssekretär im Sozialministerium, Dr. Helmut Teller, ist vom Landeskabinett in den einstweiligen Ruhestand versetzt worden. Nachfolger wurde der 44jährige Dr. jur. Gebhard Ziller. Dr. Ziller war in seiner bisherigen Laufbahn Mitarbeiter der Verwaltung des Bundesrates, dann der deutschen Vertretung bei der EWG in Brüssel und seit 1971 Leiter der Zentralabteilung im Sozialministerium des Landes Rheinland-Pfalz in Mainz. DÄ-N